

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 33. 33. Jahrg.

13. August 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88, 111. Redaktionsschlupf: Montag, Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24, :; Druck und Expedition: Conrad Müller, Schöndorf-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

PREISAUSSCHREIBEN ZUR ERLANGUNG DES ENTWURFS FÜR EIN LEHRZEUGNIS DER IM CHEMIGRAPHIE-, KUPFER- UND LICHTDRUCKGEWERBE AUSLERNENDEN LEHRLINGE

1. **Gegenstand.** Es ist beabsichtigt, denjenigen Lehrlingen, die sich über ihre Kenntnisse vor den tariflichen Prüfungsausschüssen ausweisen, über ihre beruflichen Fähigkeiten und erfolgreiche Beendigung ihrer Lehrzeit ein Lehrzeugnis (Lehrbrief oder Prüfungszeugnis) zu geben. Die künstlerische Ausführung des Entwurfs muß sich diesem Gedanken anpassen, ohne daß indessen auf Wiedergabe irgend welcher handwerksmäßigen Embleme oder Versinnbildlichung besonderer Wert gelegt wird. Der Text in deutscher oder lateinischer Schrift soll lauten:

Prüfungs-Zeugnis. Der . . . (Beruf) . . . (Name) . . . geboren am . . . (Datum) . . . zu . . . (Ort) . . . hat am . . . in der Kunstanstalt von . . . (Name) . . . zu . . . (Ort) . . . seine tarifliche Lehrzeit beendet. Die erforderliche Gehilfenprüfung hat er mit Erfolg bestanden. Zum Ausweis hierüber wird ihm dieses Prüfungs-Zeugnis ausgestellt. . . . (Ort) . . . den . . . (Datum) . . . Der Prüfungsausschuß der Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker. Vorsitzender. 2 Beisitzer.

2. **Ausführung.** Die Art der Zeichnung ist so zu halten, daß sich die Möglichkeit ergibt, das Zeugnis auf chemigraphischem Wege oder durch Kupfer- oder Lichtdruck wiederzugeben, und soll die Eigentümlichkeiten und künstlerischen Wirkungsmöglichkeiten der Verfahren zur Geltung bringen. Aus Ersparnisrücksichten sollen zum Druck nicht mehr wie zwei Farben verwendet werden, das Erzielen einer mehrfarbigen Wirkung durch entsprechende Kombinationen der Farbtöne ist zulässig und erwünscht.

Die Maße des Entwurfs sollen derartig zueinander im Verhältnis stehen, daß sich eine Verkleinerung auf 22 cm Breite

und 29 cm Höhe (Quartformat) erreichen läßt, ohne daß die Wirkung und die Deutlichkeit leidet.

3. **Wettbewerb.** Zum Wettbewerb sind zugelassen: Sämtliche Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Chemigraphie-, Kupfer- und Lichtdruckgewerbe. Alle Bewerber haben die Versicherung abzugeben, daß sie den Entwurf ohne Mithilfe dritter Personen selbständig angefertigt haben.

Das Einreichen des Entwurfs hat bis zum **10. Oktober 1920** an das **Tarifamt für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer- und Lichtdruckgewerbe** zu erfolgen und zwar unter einem gewählten Stichwort. Außerdem ist in einem geschlossenen Briefumschlag mit gleichem Stichwort Name, Adresse sowie die oben geforderte Erklärung über die selbständige Anfertigung des Entwurfs beizufügen. Die Entwürfe werden in der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, Leipzig vom 20. Oktober ab ausgestellt und nach diesem Termin von einem Preisrichter-Kollegium, das zusammengesetzt ist aus je einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Chemigraphie-, Kupfer- und Lichtdruckgewerbes unter dem Vorsitz von Herrn Fritz Goetz, Professor an der Akademie für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig, geprüft.

Das Tarifamt für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer- und Lichtdruckgewerbe hat mit Unterstützung der beteiligten Organisationen für die drei besten Arbeiten Preise in Höhe von Mk. 500.—, 300.— und 200.— ausgesetzt, behält sich aber außerdem den Ankauf weiterer Entwürfe zu einem mit dem Anfertiger zu vereinbarenden Preise vor.

Berlin, den 29. Juli 1920.

Albert Frisch,
Prinzipalsvorsitzender.

Albert Hehr,
Geilfenvorsitzender.

Richard Köhler,
Geschäftsführer.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Preisausschreiben. Die Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften II. Der 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Frankfurt a. M. I. — **Allgemeines:** Zum Verständnis des Existenzminimums. — **Der photographische Mitarbeiter:** Die Berliner Innung auf dem Kriegspfade. — Graphische Technik: Ein Mahnruf! — Totenliste. — Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Durch Mitteilung unserer holländischen Bruderorganisation hat der Verbandsvorstand beschlossen, **Holland bis auf weiteres für die Zureise von Chemigraphen zu sperren.** Die Verhältnisse der Chemigraphie sind in Holland ebenso traurig wie in Deutschland. Die Unternehmer versuchen fortgesetzt durch Inserate im »Klimschen Anzeiger« Kräfte nach Holland zu ziehen, um sich den tariflichen Bestimmungen unseres Bruderverbandes zu entziehen. Sie bieten dabei zum Teil ein Gehalt bis zu 50 Gulden wöchentlich, um zunächst einmal vom Tarif freizukommen. Die Absicht ist natürlich, den Tarif zu Fall zu bringen. Bis auf Widerruf bleibt deshalb Holland für Chemigraphen gesperrt. Reisen trotzdem Chemigraphen nach Holland, werden sie als Streikbrecher betrachtet und verlieren ihre Mitgliedschaft. Wir bitten strengste Beachtung dieser Sperre, die solange gilt, bis sie an dieser Stelle widerrufen wird.

Die Firma **Franz Keppler, Aachen** ist wegen Maßregelung der Kollegen gesperrt. Die Kollegen weigerten sich, schwarze Listen zu drucken, konnten aber trotzdem im Betriebe verbleiben, wenn sie aus dem Verbands austraeten würden.

Vor Stellungnahme nach **Holland** ist in jedem Falle Erkundigung einzuziehen. Es ist von einem deutschen Unternehmer versucht worden, einen Steindruckmaschinenmeister auf merkwürdige Weise nach Holland zu vermitteln.

Der Verbandsvorstand.

Die Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften.

II.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Stodung des Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Vorstände für unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die satzungsmäßigen Unterstützungen im vollen Umfange weitergewährt werden könnten, wenn man nicht die Existenz der Gewerkschaften aufs Spiel setzen wollte. Allgemeine für alle Verbände gleich gültige Maßnahmen konnten jedoch bei der verschiedenen Gestaltung der Unterstützungseinrichtungen in den Verbänden und ihrer voneinander abweichenden Leistungsfähigkeit nicht durchgeführt werden. Diese zu treffen mußte den einzelnen Vorständen überlassen bleiben. Übereinstimmung wurde jedoch darin erzielt, daß in erster Linie die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder gesichert werden müsse, und daß hierbei mehr Wert auf die Dauer als die Höhe der Unterstützung

zu legen sei. Die übrigen Unterstützungen sollten zugunsten der Arbeitslosenfürsorge, soweit es erforderlich erschien, aufgehoben oder doch eingeschränkt werden. Naturgemäß drängte sich den Verbänden auch die Frage der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer auf. Eine solche in fester Form als Verbandsunterstützung einzuführen, lehnte die Mehrheit der Verbände ab. Doch wurden fast von allen Verbänden solche Unterstützungen geleistet, zum größten Teile jedoch als besondere Zuwendungen und häufig aus eigens zu diesem Zwecke geschaffenen Fonds. Die Einschränkung der satzungsmäßigen Unterstützungen war nicht von langer Dauer. Bei einem Teil der Verbände war sie überhaupt nicht erfolgt und, soweit es geschehen, konnte bereits im Anfang des Jahres 1915, als sich die Wirtschaftslage wieder befestigt hatte, der Ausnahmezustand beseitigt und zur vollen Gewährung der Unterstützungen übergegangen werden.

Die Kriegsstatistiken geben von den Unterstützungsangaben der Zentralverbände ein von den Gewerkschaftsstatistiken abweichendes Bild. Es erscheinen hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abschnitten, sondern sie werden durch die Methode der Fortschrittszahlen als Gesamtleistung während des Krieges, in stufenweiser Entwicklung vor Augen geführt. Es veranlassen die Verbände vom Beginn des

Krieges bis zum 30. September 1918 78,7 Millionen Mark für Unterstützungen aller Art. Davon entfielen 25,8 Millionen auf Arbeitslosen- und 26,9 Millionen auf Familienunterstützung. Schon bis zum 31. Oktober 1914 waren 12,8 Millionen an Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden, und am Schlusse des ersten Kriegsjahres, dem 31. Juli 1915, belief sich diese Ausgabe bereits auf 21,6 Millionen Mark. Im weiteren Verlauf des Krieges trat dann nur noch eine Steigerung dieser Ausgabe um 4,2 Millionen ein. Anders gestaltete sich die Entwicklung der Ausgabe für Familienunterstützung. Diese Ausgabe betrug am Schlusse des ersten Kriegsjahres 10,4 Millionen Mark, vermehrte sich demnach noch bis zum 30. September 1918 um 21,1 Millionen Mark. Ein lehrreicher Vergleich ergibt sich bei Berechnung des prozentualen Anteils der beiden Unterstützungen an der Gesamtausgabe für Unterstützungen. Von 100 Mark Gesamtunterstützung kamen am Schlusse des ersten Kriegsjahres 59 Mark auf Arbeitslosen- und 28 Mark auf Familienunterstützung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die erste 33 Mark und auf die zweite 34 Mark. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich während dieser Zeit um 26 Mk. verringert und der Anteil der Familienunterstützung um 6 Mark erhöht. Der auf die Arbeitslosenunterstützung am Schlusse des ersten Kriegsjahres entfallende Anteil von 59 Mark bildete das Höchstmaß, er verringert sich von diesem Zeitpunkt an fortgesetzt. Bei der Familienunterstützung steigt der Anteil dagegen bis zum Schlusse des Jahres 1916 bis auf 37 Mark und hält sich dann bis Ende 1917 auf gleicher Höhe.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsabschnitt ab. Es war die Zeit der organisatorischen Schulung der Arbeiterschaft zur wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten. Indem die Gewerkschaften in harten Kämpfen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß stritten, förderten sie den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats. Die Gewerkschaften bahnten damit der Arbeiterschaft den Weg zur wirtschaftlichen Macht, die sie besitzen muß, um eine planmäßige Überleitung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche herbeiführen zu können. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die Arbeiterschaft zu leisten, nachdem sie durch den Zusammenbruch der autokratisch-militaristischen Staatsverfassung Deutschlands viel frühzeitiger vor die Lösung sozialistischer Aufgaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung der Fall gewesen wäre. Man mag über die Entwicklung der Sozialisierung und die zu ihrer Weiterbetreibung zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Das eine steht wohl fest: die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft wird nunmehr in dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen.

In diesem Sinne bedeutet die Kriegszeit ein Übergangsstadium von einer vergangenen zu einer neuen Epoche gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Aufgabe, die sich die Gewerkschaftsleitungen beim Ausbruch des Krieges stellten: der Arbeiterschaft ihre gewerkschaftlichen Organisationen über die Kriegszeit hinweg zu erhalten, wurde erfolgreich gelöst. Die aus dem Felde zurückflutenden Massen fanden die alten Organisationen vor, die den nach Ausbruch der Revolution einsetzenden Zustrom zu den Gewerkschaften erfassen und in sich aufnehmen konnten. Damit wurde die erweiterte Aktionsfähigkeit des Proletariats zusammengefaßt, in eine einheitliche Richtung gedrängt und auf das gleiche Ziel gelenkt. Und wenn der Strom auch manchmal wild über die Ufer brandete und es zeitweilig schien, als wolle er die Dämme durchbrechend sich ins Weite ergießen, so hat sich doch aus den Wirren der Zeit das Proletariat sein bestes Gut ge-

rettet: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie zu wahren und zu schützen, muß erste Aufgabe aller bleiben, die mit heißem Herzen den endgültigen Sieg des Sozialismus herbeisehen.

Der 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen in Frankfurt a. Main.

1.

Als letzter von den vier graphischen Verbänden hielt in der Zeit vom 12.—18. Juli der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen seinen Verbandstag ab. Jedem, der mit offenen Augen die Dinge betrachtet, wie sie sich in der Zeit nach der Revolution entwickelt haben, mußte klar sein, daß hier die Gegensätze aufeinanderprallen würden, wie auf keiner Tagung der übrigen graphischen Berufe. Sind doch in keinem der graphischen Verbände die Meinungsverschiedenheiten zwischen sogenannten alter und neuer Richtung so scharf zum Ausdruck gekommen, wie in den Reihen der Hilfsarbeiter. Man konnte also gespannt sein, wie sich die Opposition mit der alten Richtung auseinandersetzen und wie das Stärkeverhältnis zueinander sein würde, umso mehr, als die Bestrebungen des »Graphischen Blocks« hauptsächlich aus den Kreisen der Hilfsarbeiter genährt werden. Der Schrei nach Zusammenfassung aller Hand- und Kopfarbeiter des »graphischen Gewerbes« ist aus diesem Verband besonders laut erklingen. Wie weit dem allen Rechnung zu tragen sei, wie sich die widerstrebenden Kräfte zur gemeinsamen Arbeit zum Wohle des Ganzen zusammenfinden würden, mußte dieser Verbandstag erweisen. Über 100 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands hatten sich zu diesem Zweck zu erster Arbeit zusammengefunden. Hierzu kamen 2 Vertreter ausländischer Bruderorganisationen und die Vertreter der deutschen graphischen Verbände sowie des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes«. Für unseren Verband war vom Hauptvorstand der Frankfurter Gauleiter Kollege Scheibel mit der Vertretung betraut worden.

Eine unglückliche Tagesordnung brachte es mit sich, daß über Tarif und Lohnbewegungen und Rätssystem zugleich verhandelt wurde. Dadurch wurde die Debatte unübersichtlich, weil ein Redner z. B. zum Tarif, der nächste zum Rätssystem sprach.

Der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes und der Gauleiter hier wie auf allen Verbandstagen der letzten Zeit eine lange Debatte hervor. Geschäftsordnungsmäßig stand jedem Redner eine Stunde Zeit Verfügung und so konnte denn in ausgiebiger Weise all das Ungemach der letzten Zeit vor und nach der Revolution, das die Arbeiterklasse getroffen, Revue passieren. Drei volle Tage ergoß sich die Redeflut zu diesem Punkt in den Saal. Teilweise wurden die Ansichten mit großer Leidenschaftlichkeit und Schärfe vorgetragen und zwar von beiden Seiten. Von der Opposition wird mit großer Überzeugung immer wieder auf das selbstherrliche Verhalten des Verbandsvorsitzenden hingewiesen, nachdem dieser in seinem einleitenden Referat auch auf verschiedene interne Vorgänge einging, die seiner Meinung nach den Verbandsvorstand zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt hätten. So habe z. B. die Berliner Mitgliedschaft nur Anhänger des revolutionären Rätessystems in den Hauptvorstand gewählt und diese Kollegen hätten dann alle Dinge durch die Berliner U. S. P.-Brille gesehen und sich hauptsächlich den Berliner verantwortlich gefühlt. Dieses und noch andere Dinge führten zum Ausschluß zweier unbesoldeter Hauptvorstandsmitglieder, um den Vorstand überhaupt arbeitsfähig zu erhalten. Ein Redner der Opposition zieht sogar Familienverhältnisse des Vorsitzenden in die Debatte, was aber den Widerstand der Anwesenden hervorruft. Der Leipziger Gauleiter kommt bei dieser Debatte schlecht weg, da ihm die verschiedensten Vorwürfe gemacht werden, die er auch einer Kommission gegenüber nicht genügend entkräften kann. Eine Anzahl seiner Briefe, die zur Verlesung kommen, beweisen, daß er mindestens furchtbar unvorsichtig im Schreiben ist und seine Kollegen ziemlich gering einschätzt. Zum Geschäftsbericht an sich wird eigentlich am allerwenigsten gesprochen, obgleich der Verband in der Berichtsperiode einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, seine Mitgliederzahl auf 42 000 steigern konnte und sich mit seinen Erfolgen getrost an die Seite der großen Verbände stellen kann. Zu erkennen ist aber bald, daß auch hier wie anderwärts die Meinungen hauptsächlich wegen dem Tempo, in dem man die Sache der Arbeiter vorwärts zu treiben für möglich hält, auseinandergehen. Eine in Berlin geschaffene »Propagandakommission zur Förderung des revolutionären Rätessystems« soll nicht immer im Sinne der Gewerkschaft gewirkt haben und wird diese Kommission in den verschiedensten Ausführungen erwähnt. Es macht sich das Bestreben bemerkbar, künftig die unbesoldeten Hauptvorstandsmitglieder aus Orten in der Umgegend von Berlin zu entnehmen. Graßmann (Generalkommission) plädiert in geschickter Weise für eine Verständigung beider

Gruppen. Er erklärt: durch das Vorhandensein einer Opposition sei deren Existenzberechtigung bewiesen. Im weiteren mahnt er zur Einsicht, denn nur durch ungeheure Ströme ausländischen Kapitals könne das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang gesetzt werden. Die Kriegspolitik der Generalkommission sei nur zu verstehen unter den damaligen Verhältnissen, die dem deutschen Volk den Krieg als einen Verteidigungskrieg erscheinen ließen. Unter diesem Gesichtspunkte mußten auch die Kriegskredite weiter bewilligt werden. Eine Verewigung des Kapitalismus wolle auch die Spitze der Gewerkschaften nicht, nur die Durchführung des Sozialismus im gegenwärtigen Augenblick, wo unsere Wirtschaft total zertrütert am Boden liege, sei nicht möglich. In einem sehr geschickten Schlußwort verteidigt sich der Verbandsvorsitzende Pudter gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe, bittet um Mitarbeit der Kollegschaft für denjenigen, der künftig die Geschicke des Verbandes leitet; erklärt eine fruchtbringende Einigung mit der Opposition nur dann für möglich, wenn diese ihre Sonderorganisation und parteipolitischen Bestrebungen im Verbandsaufbau im übrigen bleibe er so lange auf seinem Posten, als die Kollegen dies wünschen sollten, weil er weiß, daß es Leute gibt, die in wenig Wochen das zu Grunde richten würden, was die anderen in Jahren aufgebaut haben.

Die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum für die leitenden Hauptvorstandsmitglieder ergibt 69 Stimmen mit ja und 29 Stimmen mit nein. Dagegen stimmen geschlossen die Delegierten von Berlin, Leipzig, Dresden sowie Bautzen, Plauen und Halle. Damit war das Kräfteverhältnis gemessen, allerdings vertraten die Oppositionsmitglieder 19 000 Kollegen, während die Mehrheit 22 000 Kollegen vertrat. Dieses hat seine Ursache im Wahlmodus zum Verbandstag, was nunmehr geändert worden ist. Die Opposition gab eine Erklärung ab, daß sich ihr Mißtrauen nur gegen den Vorsitzenden richte, die Opposition sei gezwungen, gegen das Vertrauensvotum zu stimmen, weil ihr Antrag, über einzelne Personen abzustimmen, abgelehnt worden sei.

Eine Resolution über den »Graphischen Bund« wird mit fast der gleichen Stimmenzahl durch Handaufheben angenommen. Diese lautet: »Der zu Frankfurt a. Main tagende 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands erklärt sich mit der Gründung des »Graphischen Bundes«, dessen Satzungen und seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden.

Der Verbandstag erblickt in diesem Zusammenschluß der graphischen Verbände zu gemeinsamer Tätigkeit die Grundlage zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes und billigt die vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit bisher unternommenen Schritte.

Der Verbandstag macht es allen Zahlstellen zur Pflicht, entsprechend den Satzungen des Graphischen Bundes, in allen Orten sich den graphischen Kartellen anzuschließen und soweit solche noch nicht ins Leben gerufen wurden, für deren Gründung einzutreten.

Der Verbandsvorstand und alle Verbandsinstanzen werden beauftragt, stets für den möglichst engen Zusammenschluß aller im graphischen Gewerbe beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten, damit deren Interessen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen nachdrücklichst wahrgenommen werden können.

Damit haben nunmehr alle graphischen Verbände ihren Willen zur gemeinsamen Arbeit bekundet und steht zu hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit der »Graphische Industrieverband« zum Wohle der Berufsangehörigen Wirklichkeit wird.

Zum Punkt Statutenänderung referiert Lohdal, Hauptkassierer. Er ging die ganze reichhaltige Vorlage durch und betonte, daß es notwendig sei, dem Verbandsrat die Mittel an die Hand zu geben, die ihn erst in den Stand setzen, die Interessen der Mitglieder so zu vertreten, wie es notwendig ist. Eine wesentliche Erhöhung der Beiträge sei nicht zu umgehen. Auch solle ein Beitrag aus den Kreisen der Mitglieder jedes Gaus geschaffen werden, in dem Vorstand und Gauleiter beratende Stimme haben sollen.

Auf Antrag der Opposition sprechen von beiden Richtungen je drei Redner zu diesem Punkt in je einer Stunde Redezeit. Es liegt ein Antrag vor, künftig die unbesoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes nicht von Berlin zu entnehmen, worauf die Berliner ersuchen, den Vorstand von Berlin nach einem andern Orte zu verlegen, damit die Auswärtigen nicht mit Berliner Ideen infiziert werden. Der Dresdener Gauleiter Herrmann plädiert in warmen Worten für einen neuen freieren Geist im Statut, für mehr Demokratie. Nach Schluß der Debatte werden 2 Kommissionen eingesetzt, eine für den materiellen Teil des Statuts und eine für den geistlichen Teil.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Zum Verständnis des Existenzminimums.

Von Dr. R. Kuczynski.

Nach den Berechnungen, die ich allmonatlich bekanntgebe, kostete das wöchentliche Existenzminimum in Groß Berlin:

Ausgaben	Februar/Juni 1914		Februar Juni 1920	
	Mann	Ehepaar m. 2 Kindern	Mann	Ehepaar m. 2 Kindern
Ernährung	3,58	6,30	5,60	50
Wohnung	5,50	5,50	5,50	9
Heizung, Beleuchtung	1,85	1,85	20	20
Bekleidung	2,50	4,15	5,85	41
Sonstiges	3,35	4,45	5,75	32
Zusammen	16,70	22,25	28,75	162
			239	323

Auf den Arbeitstag umgerechnet betrug der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann im Febr./Juni 1914: 2,50 Mk., im Febr./Juni 1920: 27 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 3,70 Mk. bzw. 40 Mk., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von sechs bis zehn Jahren 4,80 Mk. bzw. 54 Mk. Auf das Jahr umgerechnet betrug das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 870 Mk. bzw. 8450 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 1160 Mk. bzw. 12.450 Mk., für ein Ehepaar mit 2 Kindern 1500 Mk. bzw. 16.850 Mk. Die Kosten des Existenzminimums sind damit gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 9,7fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern auf das 11,2fache.

Berechnungen des Existenzminimums sind bei uns so neu, daß ihr Sinn noch vielfach nicht verstanden wird. Nur so erklärt es sich auch, daß mir mitunter vorgehalten wird, meine Zahlen könnten schon deshalb nicht stimmen, weil 1. sehr viele Menschen mit einem geringeren Einkommen leben und 2. der Anteil, der in meinen Berechnungen auf die Ernährung entfällt, viel kleiner ist als die meisten Haushaltungsbücher nachweisen.

1. Was den 1. Einwand anbetrifft, so darf ich hier vielleicht zunächst wiederholen, was ich bei Besprechung des Existenzminimums im Mai (370 Mk. für die Woche) in der »Vossischen Zeitung« (Nr. 283 vom 6. Juni) gesagt habe:

»Kann man mit einem geringeren Verdienst als den Kosten des Existenzminimums auskommen? Man kann es, wenn man entweder noch aus früheren Zeiten hineinreißt Kleidungsstücke und Hausrat besitzt, so daß man kostspielige Neuschaffungen aufzuschieben in der Lage ist, oder wenn man auf eine auskömmliche Ernährung verzichtet, oder endlich wenn man in bezug auf Kleidung usw. hinter der Norm zurückbleibt, die bisher bei Proletariern üblich war. Und selbstverständlich gab es auch schon vor dem Kriege Familien, die weniger als das Existenzminimum hatten, denn manches Ehepaar mit 2 Kindern hatte damals in Groß-Berlin weniger als 1500 Mark Jahresinkommen. Der gewaltige Unterschied aber ist, daß vor dem Kriege nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung das Existenzminimum nicht erreichte, während es heute der großen Masse ver sagt bleibt. Denn sicherlich verfügen heute noch nicht 10 Prozent der Groß-Berliner Familien über ein Jahresinkommen von mehr als 19000 Mk. Diese Tatsache ist der deutlichste Beweis für unsere gräßliche Verarmung, die durch die dauernde Steigerung der Gehälter und Löhne und durch die fieberhafte Tätigkeit der Notenpresse wohl verschleiert, aber nicht beheben werden kann.«

Wir haben eben nicht genug Nahrungsmittel und Kleidungsstücke, um der Gesamtbevölkerung das Existenzminimum zu gewähren. Das darf doch aber nicht dazu verleiten, das Existenzminimum niedriger anzusetzen. Denn sonst käme man ja dazu, es je nach dem Warenangebot von Ort zu Ort und von Monat zu Monat verschieden zu bemessen. Und man müßte letzten Endes in den Städten, wo die Bevölkerung nicht entweder buchstäblich verhungert und erfriert oder im Überfluß lebt, die Kosten des Existenzminimums dem üblichen Arbeitsverdienst gleichsetzen.

Schließlich darf man auch nicht glauben, daß alle Familien, deren Einkommen hinter den statistischen Kosten des Existenzminimums zurückbleibt, darben müssen. Einmal haben viele Menschen infolge mehrjähriger Unterernährung an Gewicht verloren und brauchen nunmehr weniger Nahrung als normal schwere Menschen. Manche Leute haben auch Gelegenheit, billigere Nahrungsmittel von ländlichen Verwandten oder aus Fabrikantinen zu beziehen; andere genießen als Angestellte in Textilbetrieben Vorzugspreise für Stoffe usw. Endlich gibt es auch Einschränkungen in den Ausgaben, die nicht ohne weiteres körperliches oder seelisches Unbehagen zur Folge haben; hierher gehört der Verzicht auf Steuerzahlen u. ä.

2. Was den zweiten Einwand anbetrifft, so wird es in der Tat wenige Groß-Berliner Arbeiterfamilien geben, die vor dem Kriege nur 34 Prozent und in diesem Frühjahr nur 41 Prozent ihrer Gesamtausgaben für Ernährung aufgewendet haben. Aber das beweist doch nie und nimmer, daß eine

richtige Berechnung des Existenzminimums einen größeren Anteil für den Mindestbedarf an Ernährung ausweisen müßte. Es zeigt vielmehr nur — was jedem Sachkenner auch ohnedem geläufig war —, daß vor dem Kriege die Mehrausgaben für Ernährung besonders hoch waren, und daß jetzt die Einschränkungen bei der Ernährung geringer sind als bei den meisten übrigen Bedürfnissen. Wenn z. B. sechs Schöneberger Arbeiterfamilien, deren Verpflegung im Frühjahr 1913 ich in dem soeben erschienenen zweiten Juliheft des »Getreuen Eckart« dargestellt habe, vor sieben Jahren nicht ein Drittel, sondern vielleicht die Hälfte ihrer Gesamtausgaben auf ihre Ernährung verwendeten, wenn sie für ihre Ernährung fast 2 1/2 mal soviel ausgaben, wie den Kosten des Existenzminimums entsprach, für alle übrigen Bedürfnisse aber durchschnittlich nur vielleicht 1/4 mal soviel, so erhärtet das bloß die durch zahlreiche andere Beobachtungen gewonnene Erkenntnis, daß die Schöneberger Arbeiterfamilien vor dem Kriege auf eine reichliche und mannigfaltige Ernährung großen Wert legten, für Wohnung aber nur das unumgänglich notwendige aufbrachten und z. B. auch in ihren Ausgaben für Bekleidung nicht wesentlich über das Existenzminimum hinausgingen. Wenn andererseits die meisten Groß-Berliner Arbeiterfamilien jetzt nicht zwei Fünftel, sondern immer noch vielleicht die Hälfte oder mehr für ihre Ernährung ausgeben, so liegt das einfach daran, daß die meisten Eltern ihre Kinder lieber barfuß laufen als hungern lassen.

Selbstverständlich wird man noch feinere Maßstäbe für die Berechnung des Existenzminimums finden können als die von mir angewandten. Aber man hüte sich davor, durch eine Verwässerung des Begriffs des Existenzminimums Angleichungen an die jeweilige Marktlage oder die wechselnden Neigungen der Verbraucher zu suchen. Denn damit ginge nicht nur die theoretische Grundlage, sondern auch die für die Praxis unentbehrliche Vergleichbarkeit mit Vergangenheit und Zukunft verloren.

Photogr. Mitarbeiter.

Die Berliner Innung auf dem Kriegspfade.

Daß die Innungen ein Überbleibsel längst vergangener Wirtschaftsformen sind und in unsere heutige Zeit passen wie ein Ochsenkopf in einen Fingerhut, ist nachgerade satzsaft bekannt und bedarf es dafür keiner Beweise mehr. Daß trotzdem noch die Innungsgesetze mit ihren Zwangsinnungen, die allen Rechtsanschauungen direkt ins Gesicht schlagen, in Kraft sind, ist lediglich ein Zeichen dafür, wie weit die Gesetzesmaschinerie den tatsächlichen Verhältnissen hintenah hinkt. Aber die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung wird auch dieses Schaudstück des Mittelalters in der Versenkung verschwinden lassen, zumal, wenn die angeblieh so notwendige Freiheit des wirtschaftlichen Handelns dem Zwange der Bedarfswirtschaft weichen muß, die allein allen Wertzeugern das Recht der vollen Mitbestimmung geben kann.

Da es bis zur Bedarfswirtschaft immerhin noch ein Stück Weg ist, bleibt der Arbeiterschaft nichts anderes übrig, als sich zur Vertretung ihrer Interessen der Gewerkschaften zu bedienen, und auch die Photographen können nicht anders handeln. Dieser Erkenntnis folgend, schlossen sich auch die Photographen der freien Gewerkschaft an und versuchten durch Tarifverträge eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. So kam es vergangen Jahr zwischen der Photographeninnung Berlin und dem Innungsgehilfenausschuß und Vertretern des Verbandes zu Tarifverhandlungen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Porträtfotographie allgemein zu regeln. Nach längeren Verhandlungen kam auch ein Tarifvertrag zustande, der durch die Unterschrift des Vorsitzenden der Photographen-Innung Berlin, Herrn Tiedemann, rechtsverbindlich gegengezeichnet wurde. Der Tarif trat dann in Kraft, und um die aus dem Tarifvertrag hervorgehenden Streitigkeiten zu schlichten, wurde ein Tarifamt eingesetzt. Das Tarifamt erhielt auch wiederholt Gelegenheit seines Amtes zu walten und fand die Kraft und die Mittel, die von ihm gefällten Entschlüsse durchzusetzen.

Wer nun aus dieser Sachlage den Schluß ziehen würde, daß in der Berliner Porträtfotographie tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, ist glänzend auf dem Holzwege. Wie der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, hat der von Herrn Tiedemann als Vorsitzender der Photographen-Innung, Berlin mit seinem Namen gezeichnete Tarifvertrag nicht die Genehmigung der Innungsmeister gefunden, sondern ist angeblich mit 216 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden. Herr Tiedemann sitzt nun im Fuchseisen der gegebenen Unterschrift und bemüht sich eifrig davon wieder los zu kommen. Die von Herrn Tiedemann unternommenen Versuche, seine schwarz dastehende Unterschrift in weiß zu verwandeln, wollen wir mit dem Mantel des Stillschweigens zudecken, können jedoch nicht umhin zu bemerken, daß seine Bemühungen gerade nicht viel Charakterstärke verraten. Hätte ein Vertreter der Arbeiter sich eine solche Abfuhr bei seinen Auftraggebern geholt, dann wäre er sicher-

lich sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden, — schon aus eigenem, und denen die Regelung der Dinge überlassen, die auch das Vertrauen der Auftraggeber besitzen. Durch dieses Kleben wird man versucht anzunehmen, daß mehr als der Innungsvorsitz Herr Tiedemann auf seinem Posten hält und ihm die Kraft gibt unmögliches zu versuchen.

Aber auf eins müssen wir noch eingehen. In seiner Verzweiflung hat Herr Tiedemann einen Schrieb an den Reichsarbeitsminister getan, worin er Beschwerde darüber führt, daß die Berliner Innungsgehilfen sich die Freiheit erlauben und einstimmig votieren, daß für sie bei einem Tarifabschluß mit der Innung nur der Verband als abschließender Kontrakt und Vertreter in Frage kommt. Herr Tiedemann weist in seinem Schreiben an den Arbeitsminister darauf hin, daß der Vorstand (!) der Photographeninnung beschlossenen hat, von seinem realistischen Standpunkt nicht abzugehen und es entschieden ablehnt, »einen Vertrag mit dem Verbands der Lithographen, Steindruckern und verw. Berufe abzuschließen, noch wieder mit den diesen Verband vertretenden Funktionären zu verhandeln.«

Warum der Innungsvorstand zu diesem die Gehilfenschaft und den Verband zerscherternden Beschluß gekommen ist, soll eine angehängte Begründung dem Arbeitsminister beweisen. Wenn uns der Raummangel nicht bis aufs Blut drückte, würden wir um deren Nachdruck einkommen. So müssen wir uns damit begnügen, nur einige Stellen aus dieser Begründung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Wir tun dies auch auf die Gefahr des Vorwurfs hin, gerade die saftigsten übersehen zu haben.

Soweit der vom Innungsvorstand eingenommene Rechtsstandpunkt vertreten wird, wollen wir uns nicht dazu äußern, weil darüber an geeigneter Stelle gesprochen wird, aber der von der Innung mit dem Verbands gemachte Versuch eines gedeihlichen Zusammenarbeitens soll in den Kreis der Betrachtung gezogen werden. Die Begründung sagt dazu:

»In dem am 11. September 1919 vom Vorsitzenden der Innung rechtsunwirksam unterzeichneten Tarifvertrag wurde deshalb auch der Verband als besondere Vertragspartei aufgeführt. Bis zur Sprengung des Tarifamtes durch die Verbandsvertreter infolge eines ihnen unangenehmen Beschlusses einerseits und bis zur Erkenntnis der Rechtsunwirksamkeit des vom Innungsvorsitzenden ohne Genehmigung der Innungsverammlung unterzeichneten Vertrages andererseits, wurden die Vertragsbestimmungen auch praktisch durchgeführt. Durch das Verhalten der Verbandsvertreter hat der Vorstand der Innung die Überzeugung gewonnen, daß sie garnicht daran denken, einen einmal abgeschlossenen Tarif auch zu halten, daß sie vielmehr lediglich ein Interesse daran haben, Unfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu stiften, anstatt zu einem gedeihlichen Verhältnis beizutragen. Aus ihren Worten und Taten ist ersichtlich, daß ihnen die Interessen der Gehilfenschaft weniger am Herzen liegen als die Interessen ihrer Gewerkschaft. Sie üben in ihrer Eigenschaft als Verbandsvertreter sowohl in Wort als in Schrift eine bewußt verhetzende Tätigkeit aus, die im schroffsten Widerspruch steht zu dem guten Willen des Innungsvorstandes, ein dauerndes gutes Einvernehmen zwischen den Innungsmitgliedern und den Innungsgehilfen zu bewahren.

Der Innungsvorstand ist zu der Erkenntnis gelangt, daß die Vertreter des Verbandes einen Faktor ständiger Beunruhigung bilden, und da ein Tarifvertrag eine Beruhigung und eine gewisse Stetigkeit des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezweckt, so hat der Innungsvorstand keine Veranlassung, mit einem für ihn so wenig vertrauenswürdigen Verband in ein Vertragsverhältnis einzutreten.

Der Innungsvorstand muß aber auch ablehnen, mit den Verbandsvertretern überhaupt noch wieder zu verhandeln. Dieselben sind gewohnt, eine derartig beleidigende Ausdrucksweise zu wählen, wobei sie nicht vor persönlicher Beschimpfung zurückschrecken, daß es jeden gesitteten Menschen empören muß. Es kann deshalb den Mitgliedern des Vorstandes nicht zugemutet werden, daß sie sich mit den Herren nochmals an den Verhandlungstisch setzen.«

»Daß du die Nase im Gesicht behältst« würde Onkel Bräsig ausrufen, wenn er diesen Erguß der »ehrenamtlichen Verwaltungsbeamten«, wie sich die Innungsvorstandsmitglieder mit geschwulstiger Brust selbst nennen, lesen müßte. Unser Freund Blimchen aber geht mit der Bemerkung über die Stillübungen hinweg: die sind ja mit Worschtsuppe getoht! In der Tat: ausgerechnet der Berliner Photographeninnungsvorstand mußte erst geboren werden, um auszukunden, daß der Verband gar keinen Tarifvertrag halten will und bloß zum »hetzen« in die Welt gesetzt worden ist. Die übrigen Unternehmer, die wirtschaftlich ganz sicher mehr bedeuten als die Berliner Photographeninnungskrauter, die sich mit dem Verband in ein Tarifverhältnis, geltend für das ganze Reich, eingelassen haben, werden staunen, daß sie bisher so gänzlich blind für die Verbandsverbrechen waren.

Damit aber der Vorstand der Photographeninnung zu Berlin die begonnene Biamageaktion recht schön abschließt, hat er den Innungsgehilfen-

ausschluß aufgefördert, entgegen dem Veto der Innungsgehilfen mit ihnen einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Innungsvorstand argumentiert so, daß die Innungsgehilfen dabei gar nichts zu sagen haben. Selbstverständlich hat der Gehilfenausschuß diese unverstämte Zumutung zurückgewiesen und sich auf die Beschlüsse seiner Kollegen gestützt.

Daß der Innungsvorstand und mit ihm Herr Tiedemann die Verbandsvertreter so auf dem Zuge hat, findet seine Begründung in der scharfen und nachdrücklichen Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Verbandsvertreter. Die Innungskrauter sehen sich gestört in der restlosen Ausbeutung der Gehilfenschaft und schreien nun zeter und mordio. Jetzt gilt es für die Photographengehilfen erst recht sich fest um den Verband zu scharen, damit den Herren Innungsmeistern nachdrücklich beigebracht werden kann, daß es nicht in ihrem freien Ermessen liegt, mit wem sie einen Vertrag abschließen wollen oder nicht, sondern daß es in der Gesellschaft Kräfte gibt, die auch mit Innungsmeistern fertig werden, selbst wenn sie der Photographeninnung zu Berlin angehören.

Graphische Technik

Ein Mahnruf!

Die Münze im Verkehr ist jetzt bei uns zu Lande nur noch ein Begriff und manchmal träumt man sich in die Zeit hinein, wo der helle Klang eines Silber- oder Goldstückes unserer Tasche besondere Freude entlockte. Die Zeiten sind andere geworden und mit ihr auch die Zirkulationsmittel. Das überreich gesegnet sein mit Papiergeld als Zirkulationsmittel ist eine Tatsache, mit der sich schließlich ein jeder schon abgefunden hat. Anders das Gefühl, welches ein Exemplar des zurzeit an-

zutreffenden Papiergeldes in unseren Händen erweckt.

Wer einigermaßen den technischen Gang der Herstellung kennt und die Unterschiede des Papiergeldes feststellen kann, muß sagen, daß wir immer mehr in die Gefahrzone der vielen falschen Assignate aus der großen französischen Revolutionszeit hineinkommen, die durch die so primitive Herstellung eine so leichte Nachahmungsmöglichkeit des damaligen englischen Staatsbanknotens offen ließ. Weil über 45581 Millionen Franken in sieben Jahren in Umlauf gesetzt wurden, unkontrollierbar, war schließliche Folge davon: totale Wertlosigkeit. — Der Kredit Frankreichs brach total zusammen und erst der Säbel Bonapartes brachte der französischen Staatskassette wieder den Halt.

Die Staaten hatten alle aus der Zeit gelernt und bemüht sich, eine Garantie zu schaffen, die ein leichtes Nachahmen der Papiergeldwerte erschwerten resp. unmöglich machten. Es ist denn auch kein Zufall, daß die meisten Staaten, Amerika, England, Österreich, Deutschland etc. den Kupferdruck und in Verbindung damit den Kupferdruck als das sicherste Verfahren ansahen und bis heute noch anwenden.

Solange das Papiergeld nur Nebenläufer des Hartgeldes war kam man mit der begrenzten Produktionshöhe des Handkupferdrucks aus. Die Kriegsverhältnisse ergaben infolge großer Finanzverschiebungen durch Kredite, neben der Einziehung des harten Geldes, eine bedeutende Inanspruchnahme des Papiergeldes, die die Technik des Handkupferdrucks nicht mehr befriedigen konnte. So kam es, daß man sich immer mehr und mehr einer quantitativen Technik zuwenden mußte (Buchdruck), die aber nicht mehr die feste Garantie gegen Fälschung bietet. Der Wechsel der Umstände bedingt also eine Zuhilfenahme anderer, schnellerer Herstellungsverfahren. Soweit sich diese auf die

Herstellung weniger im Wert stehenden Geldscheine erstreckt, kann man durch den Zwang der gewaltigen Nachfrage schwer dagegen an; wenn man aber die Leichtfertigkeit mit ansehen muß, mit welcher sich als kompetent fühlende Kreise an die Arbeit setzen, auch höhere Werte dem strengen Verfahren des Kupferdruckes Valet zu sagen, dann ist es Pflicht des Fachmannes, die breite Öffentlichkeit auf die Gefahr hinzuweisen, die sich aus diesem Tun für die Garantie und Sicherheit unserer hohen Geldwerte ergibt.

Wenn jetzt schon bei den niedrigen Werten des im freien Umlauf stehenden Papiergeldes Bedenken über die Richtigkeit des Buchdrucks aufsteigen, und man schließlich mit Achselzucken darüber hinweg sieht, so steht man etc. den höheren Werten — es soll jetzt auch der Hundertmarkschein im Buchdruck hergestellt werden — mit grauem Bangen gegenüber. Der Verlust eines »Hunderter« würde besonders den Arbeiter gewaltiger treffen und die leichte Nachahmung eine große Unsicherheit im ganzen Geldverkehr erzeugen, die sich noch stärker auswirken würde als bei den unzähligen Fälskaten der Fünfzigmarknote, von der heute selbst der Fachmann kaum noch festzu stellen vermag, was echt und was falsch ist, wenn geringer Verbrauch durch Zirkulation vorliegt.

Wir erheben aus all den Gründen die dringende Frage:

Warum kombiniert man nicht den Druck der Wertpapiere, um größere Produktivität zu erzielen? Warum geht man nicht dazu über, nur eine Seite der Geldscheine mittels Kupferdruckes zu bedrucken und die andere Seite dem schnelleren Verfahren des Buchdruckes zu überlassen?

Damit wäre sowohl qualitativ wie quantitativ allen Ansprüchen gerecht geworden und unsere Geldscheine vor Nachahmung nicht unwesentlich gesichert.

TOTENLISTE

1919.

† Am 31. Dezember in Leipzig **Eduard Lange**, Steindruckerk aus Böhringen bei Döbeln, 66 Jahre alt, an Magen- und Nervenleiden, Invalide seit 1. Mai 1907. — Eingetreten in Weimar am 5. Juli 1885.

1920.

† Am 17. Januar in Berlin **Hermann Pastänier**, Kupferdrucker aus Telschütz bei Leipzig, 76 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide seit 11. November 1911. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 24. Februar in Nürnberg **Karl Harnisch**, Lithograph aus Schleitau i. S., 44 Jahre alt, an Grippe, krank 1 Woche 2 Tage. — Eingetreten in Nürnberg am 20. Juli 1919.

† Am 2. März in Leipzig **Wilhelm Grunert**, Repr.-Photograph aus Leipzig-Connewitz, 28 Jahre alt, an Grippe, krank 1 Woche. — Eingetreten in Jena am 29. Juni 1919.

† Am 27. März in Berlin **Karl Emilus**, Photograph aus Nürnberg, 47 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Berlin am 29. Dezember 1918.

† Am 10. April in Cassel **Julius Petersen**, Steindruckerk aus Cassel, 21 Jahre alt, infolge Magenoperation, krank 3 Tage. — Eingetreten in Cassel am 13. April 1919.

† Am 21. April im Halberstadt **Oskar Höpfner**, Retuscheur aus Wiesbaden, 40 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Halberstadt am 21. September 1919.

† Am 4. Mai in Frankfurt a. M. **August Weissert**, Steindruckerk aus Neu-Isenburg, 40 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 30 Wochen. — Eingetreten in München am 28. Mai 1900.

† Am 7. Mai in Berlin **Franz Riemer**, Lithograph aus Berlin, 35 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 57 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 10. Februar 1904.

† Am 11. Mai in Stuttgart **Gottlieb Berrer**, Steindruckerk aus Botnang bei Stuttgart, 67 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 3 Wochen und 3 Tage. — Eingetreten in Stuttgart am 1. Januar 1893.

† Am 24. Mai in Düsseldorf **Friedrich Herrmann**, Steindruckerk aus Hannover, 43 Jahre alt, an Gehirnhautentzündung, krank 3 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Hannover am 11. Mai 1895.

† Am 25. Mai in Berlin **Erwin Herrmann**, Photograph aus Berlin, 25 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 31 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 8. Dezember 1918.

† Am 9. Juni in Berlin **Felix Hübner**, Lithograph aus Breslau, 48 Jahre alt, an Lungenentzündung und Herzschwäche, krank 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 6. Mai 1905.

† Am 13. Juni in Regensburg **Fritz Glaser**, Lithograph aus Neubau bei Rodung, 49 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Regensburg am 1. Januar 1893.

† Am 23. Juni in Berlin **Albert Meier**, Chemigraph aus Wörlitz in Anhalt, 51 Jahre alt, an Wassersucht, krank 4 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 31. August 1896.

Ehre ihrem Andenken!

Der Verbandsvorstand

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtslag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

ITALIEN

Im Auftrage einer großen graphischen Kunstanstalt suche ich zum baldigsten Eintritt:

3 tüchtige Stahlgraveure für Prägeformen, Spezialisten in Briefköpfen, Merkantil.

je 1 Reproduktionsphotographen und Autoätzer für Schwarz- u. Mehrfarben.

je 1 tüchtigen Präparateur und Maschinenmeister für Lichtdruck.

je 1 Lithographen für Bunt und moderne Merkantil.

Für gemeinschaftliche Unterkunft und Verpflegung wird gesorgt. Nur ersklassige Bewerber wollen schriftliche Offerten zur Weiterbeförderung einsenden an

Gotthilf Längerer, Stuttgart,
Seidenstraße 42.

Achtung! Ortsvorstände u. Schriftführer etc. **Trockentinte**

In Papierform, beste u. billigste Schreib- u. Kopierfarbe in schwarz, blau, rot. 1 Mappe (10 Flaschen) geg. Eins. v. 2 Mk., a. i. Briefen. P. Seifert, Halle a. S., Zietenstr. 5.

Suche einen

Air Brush
(Rockfort)

neu oder gebraucht, sofort zu kaufen. **WILLI BITHORN, Berlin,**
Wallstraße 74-75.



Wolff's preisgekrönte
Bronzetinktur Kosmos

bürgt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorragende Wirkung erzielt.

Eine Probe überzeugt!

J. H. Wolff, G. m. b. H.
Detmold.

Fachkundige Vertreter, auch ehem. Obermaschinenmeister überall gesucht!

Für Steindruckereibesitzer

Lassen Sie sich bitte sofort
Prospekt über mein neues

Steinschleif-Präparat

für Zink und Stein senden,
unentbehrlich für jede
Druckerei, es spart Zeit,
Gold u. Steinmaterial.
VERTRETER gesucht!

Joh. Kurzweil, Braunschweig,
Gabelsberger Straße 3.

Gebrauchte, gut erhaltene
Liniermaschine
Mk. 400.— hat zu verkaufen
Adam Bachmann, Altenstadt-Geislingen
Würtbg.

Steindruckfarben
Schlagmetall, Bronze, etc., etc. kauft stets,
auch kleine Posten.
E. Winkler, Farben u. Bronzen
Berlitz 36, Reichenbergerstraße 120.